

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Belit Onay (GRÜNE)

Denunzierung türkischer Regierungskritiker durch „EGM Mobil“

Anfrage des Abgeordneten Belit Onay (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 12.12.2018

Das ARD-Magazin „Report Mainz“ berichtete im September 2018 über die App „EGM Mobil“ der Zentralbehörde der türkischen Polizei, mit der Erdogan-kritische Türken in Deutschland offenbar denunziert würden. Mit der App sei es laut „Report Mainz“ möglich, „kritische Kommentare türkischstämmiger Personen in sozialen Netzwerken direkt bei den türkischen Behörden anzuzeigen“. Hierzu stellte die Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag (Drs.19/5151) eine Anfrage an die Bundesregierung zu den „Kenntnissen und Maßnahmen der Bundesregierung bezüglich der Smartphone-App EGM Mobil“. In der Antwort der Bundesregierung (Drs. 19/5499) heißt es, es sei nicht bekannt, „inwieweit es in der Türkei zu Festnahmen oder Befragungen von Personen kam, die auf der Übermittlung von Daten über die App ‚EGM Mobil‘ beruhen.“ Es sei bisher nicht ersichtlich, „dass die Nutzung der Anwendung an sich (das heißt bei Betrachtung unabhängig von den über sie übermittelten Inhalten) problematisch sein könnte“. Die Bundesregierung könne jedoch nicht ausschließen, dass „sie als Medium verwendet werde, um Regierungskritikerinnen und -kritiker zu denunzieren“.

Nach Recherchen von „Report Mainz“ wurden in der Türkei im Jahr 2018 mehr als 20 000 Verfahren wegen regierungskritischer Äußerungen in sozialen Netzwerken eingeleitet.

Dass die türkische Regierung vielfältige und auch geheimdienstliche Methoden nutzt, um Informationen über Erdogan-kritischen Türken zu erhalten, ist schon lange bekannt. In dem Online-Artikel der *ZEIT* vom 30. März 2017 berichtete die Journalistin Canan Topcu über die Tätigkeit des türkischen Geheimdienst MİT. Der MİT hatte damals dem Bundesnachrichtendienst (BND) eine Liste mit Namen von 300 Personen mit der Bitte um Unterstützung übergeben, die angeblich einer Terrororganisation angehören sollten.

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Smartphone-App „EGM Mobil“ bezogen auf Anwendung, Verbreitung, mögliche Verbindungen zu welchen staatlichen Institutionen in der Türkei und durch den türkischen Staat in Niedersachsen geförderte Institutionen?
2. Welche Erkenntnisse über die Gefährdung deutscher Staatsangehöriger mit und ohne türkische Herkunft oder in Niedersachsen lebende türkische Staatsangehörige im Falle einer Reise in die Türkei liegen der Landesregierung vor?
3. Wird sich die Landesregierung ausführlicher mit diesem neuen Mittel der Denunziation beschäftigen und prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, dies zu unterbinden? Wenn nein, warum nicht?
4. Sind der Landesregierung in Niedersachsen geheimdienstliche Agententätigkeiten für den türkischen Geheimdienst MİT bekannt, und welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung dazu vor?

(Verteilt am 18.12.2018)